

March 1, 2017

The New York Public Library Interlibrary Loan

TN: 526023



Borrower: ILU (OCLC)

Lending String: *NYP,NYP,NYP

Patron:

Journal Title: Die Stellung der Deutschen zum tschechischen Staat. Referat, erstattet am 1. Gesamtparteitag der deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei zu D

Volume: Issue:

Month/Year: 1919 **Pages:** ALL (15 PGS)

Article Title: Die Stellung der Deutschen zum tschechischen Staat. Referat, erstattet am 1. Gesamtparteitag der deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei zu D

Call #: BTE p.v. 192, no. 1

Location: SASB M1 EXP: 3/13/17

APPROVED

Maxcost: 50.00IFM

Shipping Address:

Texas Tech University Library

Interlibrary Loan

18th & Boston

Lubbock, TX 79409-0002

Odyssey: 129.118.179.85

Ariel: 129.118.6.1

Email: libraries.docdel@ttu.edu

Fax: (806) 742-1920

The copyright law of the United States (Title 17, United States Code) governs the making of photocopies or other reproductions of copyrighted materials. Under certain conditions specified in the law, libraries and archives are authorized to furnish a photocopy or reproduction. One of these specified conditions is that the photocopy or reproduction is not to be "used for any purpose other than private study, scholarship, or research." If a user makes a request for, or later uses, a photocopy or reproduction for purposes in excess of "fair use," that user may be liable for copyright infringement.

ILL Number: 174057771



☐ **CONDITIONAL** ☐ **CANCEL**

371836A

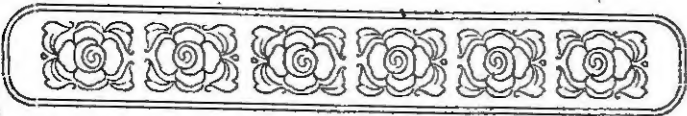
Die Stellung der Deutschen zum tschechischen Staat.

Referat, erstattet am 1. Gesamtparteitag
der deutschen national-sozialistischen
Arbeiterpartei zu Prag
am 16. November 1919

von

Hans Knirsch.

Druck: Buchdruckerei „Gutenberg“ Prag, Böhmen.



Sehr geehrter Parteitag! *)

Die öster.-ung. Monarchie befand sich schon lange vor dem militärischen Zusammenbruche der Mittelmächte im Zustande völliger Verfehlung. Auf unserem Kriegsparteitag im Mai 1918 sagte ich in meinem politischen Bericht:

„Das Parlament ist das Spiegelbild unseres in sich zerfahrenen, für die heutige Zeit auf unmöglichen Verfassungsgrundlagen aufgebauten Staates. Diese unmögliche Verfassung war schon im Frieden die Quelle allen parlamentarischen und innerpolitischen Jammers. Der Krieg, der alle Gegensätze der Völker dieses Staates aufs höchste gesteigert hat, mußte mangels jeder starken, zielbewußten Führung seitens der regierenden Faktoren in geradezu chaotische Zustände führen. Wir sind heute glücklich so weit, daß kein Volk mehr Herz und Sinn für den Staat hat.“

Parteigenosse Kress hat in seinem Tätigkeitsbericht dargelegt, wie sehr die Partei alle Kräfte eingesetzt hat, um diesem Verfehlungsprozeß Einhalt zu tun. Nicht aus Liebe u. Anhänglichkeit für dieses Kaiserreich, dem das deutsche Volk immer nur als Kulturbünger gut genug war, sondern wegen des mit uns auf Gedeih und Verderb verbündeten deutschen Reiches. Das Unheil war nicht mehr abzuwenden. Die zunehmende

*) Sonderabdruck aus Folge 190 des „Tag“, nationalsozialistisches Tagblatt, Dug.

Handwritten signature and date: 24. 11. 1920

politische und moralische Verlotterung am Hofe Karls des Zehnten, die Korruption in Zivil und Militärverwaltung, die zu einer wahren Geißel für Soldaten und Bürger geworden waren, das immer mehr über Hand nehmende Hyänengezücht des Krieges, die Wucherer und schamlosen Kriegsgewinner, mußten schließlich alle Bande zur Auflösung bringen. Schmachlich wie noch kein Staat der Welt endete dieses Reich.

Uns Sudetendeutschen war von der Geschichte, seit jeher die Aufgabe zugewiesen, Vorposten und Grenzsoldaten des Gesamtvolkes zu sein. Kampf um Scholle und Arbeitsplatz, um das nationale Dasein, erfüllt die Geschichte der Sudetendeutschen. Der Waffenstillstand mit Deutschland wurde auf der Grundlage abgeschlossen, daß die von Wilson aufgestellten 14 Punkte die Richtlinien für die politische und wirtschaftliche Neuordnung der Welt bilden würden. Auch wir Sudetendeutschen durften danach hoffen, daß wir vereint mit den Brüdern und Schwestern im Mutterlande nunmehr einer friedlicheren Entwicklung entgegensehen werden. Was wir jedoch seither erlebten an Hinwegziehung über alle sittlichen Begriffe von Treu und Glauben, an schamloser Verleugnung der Menschheitshochziele, für die man angeblich in den Krieg gezogen war, steht beispiellos da in der Weltgeschichte. Die Friedensdikate von Versailles und St. Germain, denen sich das deutsche Reich und Deutschösterreich beugen mußten, verhindern vorläufig den staatlichen Zusammenschluß des europäischen Deutschtums und beugen Millionen Volksgenossen unter das Joch der Fremdherrschaft. Auch uns Deutsche der Sudetenländer. Kampf, schwerster Kampf um Heimat und Scholle, ist uns also auch weiterhin beschieden.

Die Apostel des Selbstbestimmungsrechtes suchen ihren schamlosen Verrat vor der Welt zu verschleiern, indem sie mit kühner Stirn im Friedensvertrag behaupten, daß unsere Einverleibung in den tschechoslowakischen Staat „eigene Willen“ entspreche. Das erste Wort, das unsere Gesamtpartei über ihre Stellung zu diesem Staate zu sagen hat, ist ein lauter und flammender Protest gegen diese

ungeheuerliche Gesichtslüge.

(Stürm. Beifall.) Das ganze sudetenländische deutsche Volk und seine legitimen Vordränge haben in öffentlichen Kundgebungen einmütigen Protest gegen die Einverleibung in diesen Staat erhoben und seine berechtigten Regierungen haben diese Willensmeinung auch zur Kenntnis der Friedenskonferenz gebracht. Aber die Stimme des Volkes wurde im Blute erstickt. Der Friedensvertrag trägt wohl die Unterschriften der Bevollmächtigten Deutschösterreichs und der tschechoslowakischen Republik, die Bevollmächtigten hatten ihr Mandat jedoch von „Nationalversammlungen,“ in denen das sudetenländische deutsche Volk nicht vertreten war. Daher haben beide Unterschriften für uns keine völkerrechtliche Bedeutung, was wir in Ermangelung einer parlamentarischen Tribüne einstweilen vor diesem Forum ausdrücklich feststellen wollen. (Stürm. Zustimmung.) Aber auch wenn dem anders wäre, würden wir als nationale Sozialisten die vom imperialistischen Größenwahn und kapitalistischen Geistes diffizierte Ordnung nicht anerkennen. Für uns gilt als heiliges Naturrecht eines jeden Volkes, sein Recht auf staatliches Eigenleben innerhalb seiner geschlossenen Siedlungsgebiete. Auch von unserem sozialistischen Standpunkte aus müssen wir den nationalen Einheitsstaat anstreben, weil nur dieser die Voraussetzungen einer sozialen Entwicklung bietet, die allen schaffenden Volksgenossen vollen Ertrag ihrer Arbeit u. den Mitgenuss der Kulturerrungenschaften des Volkes sichert. Nationalstaaten, die durch Zwang und Gewalt zusammengehalten werden, sind ein ewiger Herd kriegerischer Konflikte und ein Hemmnis sozialer Entwicklung. Das alte Österreich hat uns das ja so eindringlich gelehrt. Wilson hat während des Krieges wiederholt Österreich-Ungarn als einen Herd ewiger Kriegslagerationen bezeichnet, der des Weltfriedens wegen beseitigt werden müsse. Und nun dieses alte Österreich glücklich beseitigt ist, wissen diese Handlanger der anglo-amerikanischen Kapitalisten im Herzen Europas ein neues, wohl etwas kleineres, aber um vieles verächtlicheres Österreich. Aus dem Leibe Deutschlands, Polens, Ungarns und der Ukraine werden Fäden herausgeschnitten und mit

dem unbesragten slowakischen Volke einem Staate eingliedert, der von der tschechischen Minderheit beherrscht werden soll. Wie die Polen, Magyaren und Ukrainer dieses Staates Zeit seines Bestandes zu ihrem Mutterlande und die zu völkischen Bewußtsein erwachten Slowaken zu staatlichen Eigenbasein streben werden, so auch wir zu unseren Brüdern und Schwestern im Reiche mit denen wir ~~zahn~~ die Bande des Blutes, der Geschichte, des Geistes, und der Kultur untrennbar verbunden bleiben. (Der Parteitag erhebt sich und bricht in stürmischen Beifall aus.)

Mit diesem

Glaubensbekenntnis im Herzen

stellen wir uns auf den Boden des Staates, dem wir gewaltsam einberleibt wurden. An seiner Spitze steht ein Vasaahl, Regierungschef ist Tuzar, Männer, mit denen uns im österreichischen Parlamente das gemeinsame Bestreben verband, den Staat auf der Grundlage der Selbstverwaltung der Völker aufzubauen. Die Entwicklung der Völker drängte zum Nationalstaat und es wäre diese Form der Neuordnung Österreichs sicherlich nur ein Uebergangsstadium vom imperialistischen Nationalitätenstaat zu demokratischen Nationalstaaten gewesen. Der Uebergang hätte sich aber, wäre es nach unserem Willen gegangen, auf friedlichem Wege vollzogen. Nun kam der Krieg dazwischen, und setzte das durch die inneren Kämpfe zermürbte, von seiner Staatsidee mehr zusammengehaltene Österreich hinweg. Wie weggeblasen scheinen aber auch alle Lehren der Geschichte und des Krieges selbst, und alle politischen Ueberzeugungen bei den heutigen Führern des tschechischen Volkes zu sein. Denn was ist denn der Sinn dieses neuen tschechischen Staatsgebildes? Seine Staatsidee ist imperialistischer tschechischer Größenwahn, der selbst vor den Grenzen nicht halt macht, die dem Staate durch den Friedensvertrag gezogen worden sind. Heute verkündet man in der Prager „Nationalversammlung“ so laut, daß es Paris hören soll, daß Teschen „terra nostra“ also tschechische Erde ist und bleibt, und raffelt mit dem Säbel, um dies nach eigenen völkerrechtlichen Begriffen zu erhärten. Und wir wissen, daß die tschech-

schon Zukunftspläne auch über die Nord- und Südgrenzen hinausgehen. Die Staatsidee dieser Republik ist weiter das Projekt der Entente, im gewaltigen Herzen der 80 Millionen Deutschen Mitteleuropas einen

antideutschen Erbkstaat

zu schaffen. Allein schon ein Blick auf die Gestalt dieses Staatsgebildes zeigt, daß es strategisch, politisch, verkehrstechnisch, usw. als ein ernster Gegner eines widererstarften Deutschlands ganz undenkbar ist. Die tschechischen Bäume werden nicht in den Himmel wachsen. Der neue Staat ist schon in seiner Form, man möchte sagen Unzucht wider die Natur. Alle Gezebe für eine gerechte und dauerhafte Staatsbildung sind bei der künstlichen Schaffung der Tschechoslowakei mit Füßen getreten worden. Weder in ihrem mitgegebenen Lebenszweck, eine Bedrohung in der Flanke Deutschlands zu sein, noch in ihrer unnatürlichen Zusammensetzung aus Tschechen, Deutschen Magyaren, Polen und Ruthenen kann diese Republik dauerhaften Bestand haben. Diese unsere Ueberzeugung rechtfertigen Vernunft und Geschichte.

Die Hitterwochen der Prager Republik sind denn auch schnell verrauscht. Bis tief in die niedersten Schichten des tschechischen Volkes frist sich

Die Enttäuschung

hinein. Heute ist die politische und vor allem die wirtschaftliche Lage nichts weniger als rosenrot. Die Teuerung ist noch immer enorm, die Arbeitslosigkeit nicht im Schwinden begriffen, von einem Aufschwung der Industrie und der erträumten großartigen Unterstützung durch die Ententekapitalisten ringsumher nichts zu sehen. Es fehlt allenthalben an Rohstoffen. Die Zwangshyndikate, welche mit einer Verordnung dekretiert wurden, sind hilflos und imponieren den westlichen Verbündeten der Tschechen ganz und gar nicht. Die Kohlenversorgung zwingt sogar zur Einschränkung von Betrieben, die Verwaltung ist durch und durch korumpiert und unfähig, die Staatsmaschine in ordentlichen Gang zu bringen und die Ernährungswirtschaft in diesem Siegerstaat, der seine siegreichen Schlachten schlug, ein himmelschreiender Skandal. Das Desolat der

Republik beträgt pro Tag 17 Millionen Kronen. Zufrieden sind gegenwärtig nur die unverhältnismäßig zahlreichen Halb- und Viertelintelligenzen der Tschechen, denen in den weit ausgedehnten Staatsdiensten bequeme Stellung und Versorgung winkt, dann die Schieber und Schleihhändler. Das ist das Ergebnis einer einjährigen tschechischen Regierungskunst, die sich noch dazu auf die Ententekonfeln stützen konnte. Ein Vergleich der Verhältnisse hier mit denen im ausserfogenen, niedergetretenen deutschen Reiche, erweist so recht augenscheinlich, daß die Tschechen gewiß keine staatsbildende Befähigung besitzen. Ihre ganze Regierungskunst stützt sich auf einen vom Militarismus gestützten Absolutismus. (Stürmische Rufe: So ist es!)

Die einseitig tschechische Amtsführung soll nun die Auszucht gefügiger Existenzen als Grundlagen der Tschechisierung des Staates ermöglichen. Vor allen aber handelt es sich um die Versekung des rein deutschen Sprachgebietes durch tschechische Winkelschulen, deren Gründung täglich zu Duzenden erfolgt und die durch allerlei künstliche Maßnahmen bevölkert werden müssen. Und die tschechische Aufkaufspekulation im deutschen Gebiete soll ein entsprechendes Boden- und Anliebungsgesetz unterstützen.

Wie können sich nun die Sudetendeutschen in dem schweren Ringen um ihre nationale Existenz behaupten? Welche Verluste sind zu besürchten? Mit welchen Mitteln haben wir unser heiliges Recht drinnen und außen zu vertreten?

Nichts wäre gefährlicher als eine Verlehnung des Ernstes unserer Lage. Gewiß, der tschechische Staat ist kein Dauergebilde, und es wird sich in Europa eine sittlichere Ordnung den Weg bahnen an Stelle der heutigen Vergewaltigung von Völkern. Aber jeder Tag der tschechischen Gewaltherrschaft bringt uns unabsehbare Verluste. Wir dürfen daher nicht in der Hoffnung auf irgend eine baldige Umwälzung, auf die sich viele gar bequemlich verlassen, zuwartend dastehen und uns mit gehärmigten Protesten genügen, sondern müssen alle wirtschaftlichen und politischen Kräfte zu zielbewußten nationalwirtschaftlichen Arbeit und

aktiven Politik

zusammenfassen. Volksgenossen, es geht ums Ganze!

Unsere erste Aufgabe ist der Erhalt der deutschen Schulen, guter Zeitungen und die durchgreifende Organisation der deutschen Volkswirtschaft. Ein ausgebauter landwirtschaftliches und gewerbliches Genossenschaftswesen muß das Rückgrat dieser Erwerbschichten sein, wie eine leistungsfähige nationale Großkraft der Innbegriff unserer gesammelten Wirtschaftskräfte, welche die deutsche Mittel- und Kleinindustrie, zum Teile auch die große Industrie, stützen kann. Unsere Forderung hier richtet sich gegen die internationalen Banken, denen durch eine radikale Agitation der letzte deutsche Heller entzogen werden soll. Dieser Gedanke ist nichts weniger als phantastisch, er ist gesund, durchführbar und eine erste nationale Lebensnotwendigkeit. Alle nationale Arbeit muß aber in den breiten Massen des Volkes verankert sein. Ein neues soziales Recht, das den geistigen und manuellen Arbeiter aus dem Untertanenverhältnisse emporhebt und zum mitbestimmenden Träger des Wirtschaftslebens macht (Sturm. Beifall), wird unserem Volkstum hunderttausende nationale Mitstreiter zurückführen und uns zu den höchsten Leistungen befähigen. Ich streife diese nationalkulturellen Aufgaben nur, weil Parteigenosse Jung sie in seinem Berichte noch ausführlicher erörtern und ergänzen wird. Für uns sind es keine neuen Ziele, sie bildeten seit jeher die Richtlinien unserer Arbeit. Wir müssen jedoch alles daran setzen, daß sie nunmehr Gemeingut aller Deutschen werden.

Der erste Schritt zur Verwirklichung unserer nationalen Ziele ist die

Lösung von der fremden Hauptstadt Prag.

So wie auf anderen Gebieten, heißt es auch da andere Wege gehen und mit Anschauungen der Vergangenheit brechen. Wenn im alten Oesterreich gegenüber der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, so kleine Städte wie Laibach, Agram, Kralau, Lemberg politische und nationale Zentren bilden konnten, auf die man hören

mußte, warum sollten es deutsche Städte wie Eger, Tepliz, Reichenberg, Troppau und andere nicht dahin bringen, daß man auch in Prag auf ihre Stimme lauschen muß? Verehrte Parteigenossen, können Sie sich vorstellen, daß die Tschechen ihre Republik so billig erreicht hätten, wenn sie den Schwerpunkt ihrer Politik nach Wien in den Schatten des Stephansturmes und der Hofkanzlei verlegt hätten? Zurück zur Urquelle nationaler und politischer Kraft, zurück in unser ureigenes Land und Volk und hinaus aus dem fremden Prag, das für uns nichts mehr anders ist als der Traum tschechischer Herrschaft und uferloser panslawischer Begehrlichkeit. (Lebhafter Beifall.)

Klar vorgezeichnet sind uns die Richtlinien für die

politische Verteidigung

und Erlämpfung unserer Rechte. Wir Deutsche zählen 28 Prozent der Gesamtbevölkerung dieses Staates. Unsere parlamentarische Vertretung wird durch Wahlkreisgeometrie zu Gunsten der Tschechen noch unter diese Ziffer herabgesetzt werden. Die Herstellung einer deutschen Einheitsfront, die von den Sozialdemokraten bis zu uns, dem äußersten nationalen Flügel reicht, ist daher Vorbedingung jedes politischen Erfolges. Bei jedem anderen Volke wäre das eine Selbstverständlichkeit, aber für das politische Leben der Deutschen gilt leider auch heute noch, was Johannes Scherr angesichts der 1859 über Deutschlands heraufziehenden schweren Gewitterwolken im Vorwort zu seinem herrlichen Buche „Schiller und seine Zeit“ sagt:

„Das alte deutsche Erbübel, daß jeder Deutsche sein eigenes politisches System und zwar ein unfehlbares haben zu müssen glaubt, regt sich wieder bedrohlich und das zu einer Zeit, wo es heißt: Offene oder schlecht verkappte Feinde ringsum! und wo es auch dem letzten Deutschen klar sein sollte, sein muß, daß wir uns schlechterdings nur auf uns selbst verlassen können.

Die deutsche sozialdemokratische Partei hat auf ihrem Teplitzer Parteitag am 2. September l. J. als nationale Lebensfrage der Deutschen in diesem Staate

die Forderung nach bürgerlicher Selbstverwaltung auf Grundlage des Territorialprinzips aufgestellt. Diese Forderung ist, allerdings als Minimalforderung, auch die unsere und soviel aus gemeinsamen Beratungen bekannt ist, auch die aller anderen deutschen Parteien. Wie denken sich die Sozialdemokraten nun aber die Durchsetzung derselben? Sie sagen in ihrer Parteitagsgesandlung:

„Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der tschechoslow. Republik will den Kampf für die Erfüllung dieser Forderungen in engster Gemeinschaft mit den Proletariern aller anderen Nationen führen. Sie ladet die slowakischen, die polnischen, die magyarischen und ruthenischen Proletarier zu gemeinsamem Kampfe ein. Vor allem aber setzt sie ihre Hoffnung auf die Wiederherstellung ihrer alten Kampfgemeinschaft mit dem tschechischen Proletariat. Sie ist überzeugt, daß die Verschärfung der Klassegegensätze das tschechische Proletariat von dem Einflusse der Bourgeoisie befreien, es auf dem Boden des unbeschränkten und unverfälschten Selbstbestimmungsrechtes der Völker zurücksühren und es damit unfähig machen wird, im engsten Bunde mit den deutschen Proletariern den revolutionären Klassenkampf zu führen.“

Am Jahrestage der tschechischen Revolution beantworteten die tschechischen Sozialdemokraten die Kundgebung des Teplitzer Parteitages mit einem feierlichen Manifest, in dem es u. a. heißt, daß „die Gesetzgebung und Verwaltung in der ganzen Republik einheitlich sein sollen“ und das mit dem Gelöbnis schließt:

„Wir sehen mit freudiger und vertrauensvoller Hoffnung der weiteren Zukunft unserer tschechoslowakischen Republik entgegen und versprechen feierlich, daß wir bis zum letzten Mann auf der Wacht stehen werden, um alle bisherigen Ergebnisse der nationalen Revolution zu wahren“.

Der Weg unserer Sozialdemokraten führt in die entgegengesetzte Richtung vom Ziel. Bis die tschechischen Sozialisten der unerschöpflichen Forderungen von der Seite deutscher Arbeiter für unser Selbststim-

munftsrecht eintreten werden, ist der letzte deutsche Arbeiter, Angestellter und Beamte von seinem Arbeitsplatz verjagt, sind unsere Schulen zerstört und ist unser nationales Wirtschaftsleben vernichtet. Um das Selbstbestimmungsrecht zu erkämpfen, müssen wir vor allem eine Kampfgemeinschaft mit jenen anstreben, deren Ziel aus nationalen Gründen das gleiche ist, daß sind unsere deutschen Bürger und Bauern. Und darüber hinaus führt uns dann der Weg nicht nur zu den gleichfalls unterjochten polnischen, magyarischen, ruthenischen und slowakischen Sozialisten, sondern auch zu den anderen Parteien dieser Nationen, soferne sie nationale Freiheit und Unabhängigkeit anstreben.

Neben den Fragen der inneren Politik werden wir unser ganzes Interesse auch jenen der äußeren zuwenden müssen. Nicht nur, daß wir in stetem leidendem Zusammenhang mit unseren Volksgenossen sowohl im Deutschen Reich als auch in Deutschösterreich und den von Fremdherrschaft heimgesuchten deutschen Ländern bleiben müssen, unser Blick muß sich darüber hinaus erweitern und weltpolitisch werden. (Beifall und Zustimmung.) Die Spitze der auswärtigen tschechischen Politik ist gegen Wien und Berlin gerichtet, und Kramarsch reist bereits wieder in panflawistischer Mission. Ein Staat, der neben Einhundert Millionen Tschechen über Einhundert Millionen Deutsche zählt, darf keine deutschfeindliche Außenpolitik machen! Aber auch die Außenpolitik des deutschen Reiches wird mit den Methoden der Vergangenheit brechen, den Fragen des Auslandsdeutschthums nunmehr eine andere Behandlung zuwenden müssen. Freundlich, Beziehungen zu einem Staate, der im inneren der Bedrücker von Millionen Volksgenossen ist, tragen nur die Verachtung selbstbewußter Völker ein und führen letzten Endes immer ins eigene Verderben. Nicht das augenblickliche Interesse guter wirtschaftlicher Beziehungen darf der deutschen Außenpolitik die Weg vorgezeichnen, sondern das dauernde Interesse der Gesamtnation. (Lebhafter Beifall.)

Nie war das deutsche Volk größer, als in den Zeiten der tiefsten Erniedrigung. Sie ist uns im Weltenlang einer zweitausendjährigen Geschichte nicht erspart geblieben. Nach einem dreißigjährigen Kriege

war einst die Volkszahl der Deutschen in Europa auf wenige Millionen herabgesunken. Die Männer waren gemorbet, die Jugend verderbt, das Land eine Wüste. Und dennoch sproß neues Leben aus dem gesunden Kern der Nation.

Wir Sudetendeutsche denken heute an die Prüfungszeit unserer Väter auf diesem Boden, da der Hussitensturm über die Heimat dahinbrauste und rauchende Trümmerstätten deutscher Kultur hinterließ. Auch diese Periode ward überwunden. Geht heute wieder eine Sturmflut über unser Land und Volk, nun es ist nicht die erste und die letzte. Unbesiegbar aber lebt in uns der Glaube, daß die Weltgeschichte nicht am Ende ist und für die ganze deutsche Nation der Tag ihrer Freiheit und Einheit kommen muß. In diesem Vertrauen wird uns beharrliche Arbeit zum Siege unserer nationalen und sozialen Gedanken führen. (Sturm. langanhaltender Beifall.)

* * *

Namens der Parteileitung beantragte Knirsch folgende

Kundgebung.

die der Parteitag unter stürmischen Beifallskundgebungen einstimmig annahm:

Jedes Volk als kulturelle Einheit hat ein natürliches, und unverjährbares Recht auf ein freies Eigenleben in Staat und Gesellschaft. Zahllose politische und kriegerische Erschütterungen in der zivilisierten Welt gingen aus nationalen Verschiebungen und versuchter Beherrschung fremder Volksteile durch jeweilige Machthaber hervor. — Wir fordern als unternobarer Stamm der Deutschen Nation, mit dieser in immerwährendem Zusammenhange stehend, das volle Selbstbestimmungsrecht als einzig

mögliche Grundlage friedlicher Entwicklung und kultureller Wohlfahrt. Der tschechoslowakische Staat, in welchem nach dem Diktat des Pariser Gewaltfriedes 3,700.000 Deutsche, 6,291.000 Tschechen, 1,771.000 Slowaken, 877.000 Magyaren und 300.000 Ruthenen gepreßt wurden, ist nicht als gewollte Republik von der Mehrheit seiner Bevölkerung, sondern durch militärische Machtmittel ohne Rücksicht auf den Willen seiner Völker geschaffen worden. Daher besteht wir in diesem Zwangsstaate auf unserer offenen und resillosen Anerkennung als selbständiges Volk auf freiem Heimatsboden!

Wie wir den Erhalt unserer kulturellen Einrichtungen aus eigener Kraft zu bestreiten bereit sind, so wehren wir uns geschlossen gegen das Bestreben der tschechischen Machthaber von heute, uns auf die Stufe von geduldeten und minderberechtigten Staatsbürgern zweiter Klasse herabzudrücken. Wir erheben Einspruch gegen die planmäßige Zersetzung unserer Schule, die Gefährdung der nationalen und politischen Grundrechte der deutschen Staatsbürger, die Brutalitäten der Solbateska, die Unterdrückung der Presse, die Entlassung deutscher Angestellter und Arbeiter sowie die Bevorzugung tschechischer Bewerber in Amt und Wirtschaft. Die sofortige Beseitigung jener willkürlich gebildeten Prager Versammlung, die hier allen Völkern Gesetze vorschreibt, und die freie Wahl einer verfassungsgebenden Nationalitäten-Versammlung ist unabweisbar.

Wir fordern unser geschlossenes Siedlungsgebiet als gesicherten Lebensraum mit selbstgewählter Verfassung, Verwaltung und Landeswehr, wie das im Pariser Minoritätenschutzgesetze sogar den 500.000

Köpfe zählenden Ruthenen innerhalb des tschechoslowakischen Staates zugebilligt worden ist.

Wir gewähren den tschechischen Minderheiten in unserem Volkstörper im vorhinein alle Rechte, welche die Inselfeutschen im tschechischen Sprachgebiete erhalten werden. Grundsätzlich verlangen wir ferner die Verlegung aller gesamtdeutschen Kultureinrichtungen, Hochschulen, Wirtschafts-Organisationen u. dgl. aus der fremden Hauptstadt Prag ins deutsche Land, durch dessen Aufblühen unser nationales Recht vor Freund und Feind in Europa die beste Begründung erfährt.

Als Sozialisten erklären wir die heutige tschechische Fremdherrschaft als Hemmnis aller fortschreitenden sozialen Entwicklung. Unsere Kraft und die der Organisation muß auf die Abwehr aller Schädigungen der deutschen arbeitenden Volksschichten gerichtet sein. Den Kampf gegen das tschechische System und für die nationalen Lebensbedingungen des ganzen Volkes wollen wir auf der Linie eines gemeinsamen Bekenntnisses zur Freiheit und nationalen Unabhängigkeit mit allen Parteien, die guten Willens sind, bis zum Erfolge führen!

Treten auch andere nationale Minderheiten der Tschechoslowakei in unsere Front, so sollen sie ehrlich willkommen sein.

Die nationalsozialistische Partei wird in der großen Entscheidung opfermutig ihre Fahnen vorantragen, in dem durch die Ereignisse erhärteten Bewußtsein, daß ohne nationale Freiheit die soziale Gerechtigkeit nie errungen werden kann.

Soeben erschienen !!

Soeben erschienen !!

Der nationale Sozialismus

Seine Grundlagen und Ziele

von

Jug. Rudolf Jung.

Zu beziehen durch den Verlag „Neue Zeit“, Troppau.

Preis 6 Kronen.

Volk und Gemeinde

Nationalsozialistische Monatshefte

Bezugspreis vierteljährig 3 Kronen. — Verwaltung:

Auffig, Teplitzstraße 20.